

## Kurzanalyse der Hessischen Landtagswahl 2023

(erstellt von Frau Prof. Dr. Dorothee de Nève, Fridrich-Ebert-Stiftung)

### I. Unzufriedenheit mit der Bundesregierung



## II. Flüchtlingspolitik



## III. Wie sah es vor der Wahl aus?

Betrachtet man die Ergebnisse der hessischen Landtagswahlen in einer längerfristigen Perspektive, so lassen sich grundsätzliche Veränderungen beobachten, die für den Blick auf die jüngste Landtagswahl relevant erscheinen:

Seit Beginn der 2000er Jahre sind die Stimmanteile, die auf die Christdemokratie (CDU) und Sozialdemokratie (SPD) entfielen, merklich zurückgegangen. Während diese beiden Parteien in den 1990er Jahren zuweilen gemeinsam noch über 80% der Stimmen binden konnten, waren dies zuletzt nur noch knapp 46,8%. Dies hängt insbesondere mit der stärkeren Fragmentierung des hessischen Parteiensystems sowie mit der abnehmenden Parteibindung und der Volatilität im Wahlverhalten zusammen. Gleichzeitig ist auch die Wahlbeteiligung tendenziell zurückgegangen. In dieser Dynamik haben freilich durchaus schwankende Stimmenanteile nicht zwingend zu gravierenden Veränderungen der Anzahl der Mandate geführt, wie man beispielsweise an den Ergebnissen der SPD in den 1990er Jahren erkennen kann.

Tab. 1: Verteilung der gültigen Landesstimmen seit Beginn der 1990er Jahre

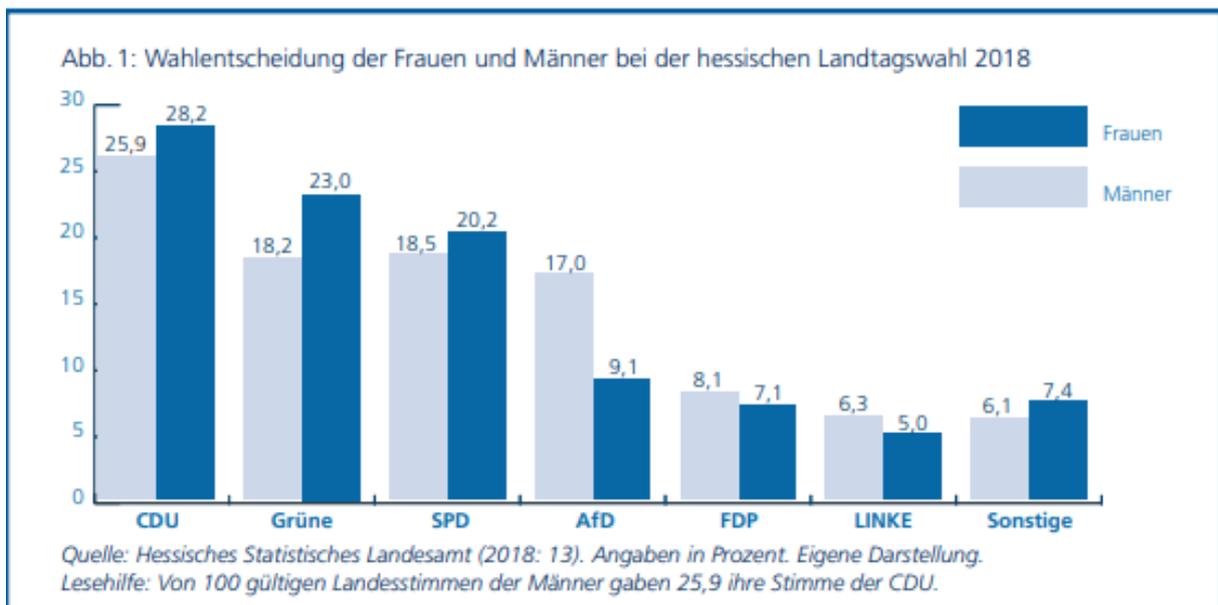
	1991		1995		1999		2003		2008		2009		2013		2018	
	%	Sitze														
<b>Wahlbeteiligung</b>	70,8	110	66,3	110	66,4	110	64,6	110	64,3	110	61,0	118	73,2	110	67,3	137
<b>CDU</b>	40,2	46	39,2	45	<b>43,4</b>	<b>50</b>	<b>48,8</b>	<b>56</b>	<b>36,8</b>	<b>42</b>	<b>37,2</b>	<b>46</b>	<b>38,3</b>	<b>47</b>	<b>27,0</b>	<b>40</b>
<b>SPD</b>	<b>40,8</b>	<b>46</b>	<b>28,0</b>	<b>44</b>	39,4	46	29,1	33	36,7	42	23,7	29	30,7	37	19,8	29
<b>FDP</b>	7,4	8	7,4	8	5,1	6	7,9	9	<b>9,4</b>	<b>11</b>	<b>16,2</b>	<b>20</b>	5,0	6	7,5	11
<b>Grüne</b>	<b>8,8</b>	<b>10</b>	<b>11,2</b>	<b>13</b>	7,2	8	10,1	12	7,5	9	13,7	17	<b>11,1</b>	<b>14</b>	<b>19,8</b>	<b>29</b>
<b>LINKE</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	5,1	6	5,4	6	5,2	6	6,3	9
<b>AfD</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,1	-	13,1	19
<b>Sonstige</b>	4,5	-	3,9	-	4,9	-	5,1	-	4,4	-	3,8	-	5,6	-	6,5	-

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2023: 11). Landeswahlleiter (1991: 416). Fett markiert sind die Zahlen jener Parteien, die letztlich die Landesregierung stellten.

Aus den Landtagswahlen 1991 gingen die CDU und die SPD nahezu gleich stark hervor. Diese Konstellation wiederholte sich 2008, wenngleich auf niedrigerem Niveau. Seither sind die Wahlergebnisse der SPD deutlich hinter jene der CDU zurückgefallen (2013; 7,6%; 2018: 7,2%). Hessen war 2018 das letzte Bundesland, in dem der Alternative für Deutschland (AfD) der Einzug in den Landtag gelang. Inzwischen gilt Hessen freilich als AfD-Westhochburg. Die letzte Einparteienregierung gab es in Hessen nach der Landtagswahl 2003. Bei allen nachfolgenden Wahlen hat keine Partei mehr vergleichbare Ergebnisse erzielen können. Interessant erscheinen darüber hinaus die Wahlergebnisse der jeweils beteiligten Koalitionsparteien: Oft ist es so, dass die größeren Koalitionspartner bei der nächsten Wahl Stimmen verlieren, während die kleineren Koalitionspartner gestärkt aus der Regierungsarbeit hervorgehen. Bei der Landtagswahl 2018 hatte die CDU im Vergleich zu 2013 11,3% der Stimmen verloren, während gleichzeitig die Grünen 8,7 % dazu gewinnen konnten.

#### IV. Wähler und Wählerinnen der Landtagsparteien

Für die Analyse der sozialstrukturellen Profile der Wähler\*innen der Landtagsparteien werden im Folgenden zwei unterschiedliche Quellen genutzt: Die repräsentative Wahlstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes von 20184 sowie der hr-Hessentrend, der im September 2023 vor der Landtagswahl 2023 von Infratest dimap veröffentlicht wurde. Der Anteil der Frauen, die sich für Bündnis 90/Die Grünen entscheiden, ist signifikant höher als jener der Männer. 23% der Wählerinnen gaben 2018 ihre Stimme den Grünen. Bei den Männern lag der Anteil damals bei 18,2%. Diese Beobachtung bestätigt sich auch im September 2023 im HessentREND: Hier gaben 19% der befragten Frauen und 15% der Männer an, Bündnis 90/ Die Grünen zu wählen (Infratest dimap 2023b). Bei der hessischen CDU sowie bei der SPD war ebenfalls ein etwas höherer Frauenanteil festzustellen, wobei sich diese Geschlechterdifferenz bei der CDU zuletzt verstärkte: 34% der befragten Frauen und 29% der Männer präferierten vor der Landtagswahl 2023 die CDU (Infratest dimap 2023b). Bei der AfD hingegen war der Anteil der Männer, die diese Partei unterstützen, stets deutlich höher. Vor der Landtagswahl 2023 intendierten mehr als doppelt so viele Männer (23%) als Frauen (10%), der AfD ihre Stimme zu geben. Auch bei der Freien Demokratischen Partei (FDP) war der Anteil bei Wählern tendenziell höher als jener der Wählerinnen (Infratest dimap 2023b).



Die Analyse der Parteipräferenzen nach Altersgruppen zeigt, dass die CDU ihr gutes Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2018 insbesondere den hohen Zustimmungswerten der Wähler\*innen über 60 zu verdanken hatte. Dieser Trend wurde durch die hohe Wahlbeteiligung dieser Alterskohorte verstärkt. Dies galt analog auch für die SPD. Die Daten der letzten Umfrage von Infratest dimap vor der Landtagswahl 2023 zeigten, dass sich an dieser Überalterungstendenz der Wähler\*innenschaft von CDU und SPD nichts geändert hat: 28% der Personen, die zuletzt angeben, die SPD zu wählen, sind 65 Jahre alt oder älter. Nur 10% der SPD-Wähler\*innen sind indes unter 35 (Infratest dimap 2023b). Ein konträres Bild zeigt sich bei den Grünen: Der Anteil der jüngsten Alterskohorte ist hier besonders hoch.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Landtagswahl 2018 lässt sich folglich festhalten, dass die Wähler\*innenbasis der hessischen CDU tendenziell überaltert ist und die Christdemokratie anteilig stärker von Frauen als Männern unterstützt wird. Bei der CDU sind alle Bildungsschichten gleichermaßen vertreten. Die Grünen nehmen indes eher jüngere Wähler\*innen für sich ein. Dies gilt tendenziell auch für die FDP-Wähler\*innen. Das Bildungsniveau der Grünen-Wähler\*innen ist höher und die Unterstützung von Frauen stärker ausgeprägt. In der Wähler\*innenschaft der SPD ist eine mit der CDU vergleichbare Überalterung festzustellen. Das Bildungsniveau der sozialdemokratischen Wähler\*innen ist indes niedriger. Die Geschlechterdifferenz spielt – im Gegensatz zu anderen Parteien – bei den Wähler\*innen der hessischen Sozialdemokratie keine wesentliche Rolle. Die AfD wird in Hessen quer durch alle Altersgruppen insbesondere von Männern unterstützt. Bei der Linken und der FDP sind die Anteile männlicher Wähler ebenfalls etwas erhöht.

Tab. 2: Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl 2018 nach Altersgruppen

Alter	CDU	Grüne	SPD	AfD	FDP	LINKE	Sonstige
18 bis 24 Jahre	16,3	29,0	14,4	7,6	12,0	7,4	13,3
25 bis 34 Jahre	20,3	20,7	15,9	13,1	9,1	7,5	13,5
35 bis 44 Jahre	23,9	22,9	13,8	15,2	8,8	6,0	9,5
45 bis 59 Jahre	23,7	24,2	17,2	15,6	6,9	6,0	6,5
60 bis 69 Jahre	26,8	20,0	23,6	13,4	6,7	6,0	3,5
≥ 70 Jahre	43,1	9,9	27,0	9,4	6,2	2,6	1,7

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (2018: 9). Angaben in Prozent. Eigene Darstellung.

Lesehilfe: In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen entfielen 16,3 von 100 gültigen Landesstimmen auf die CDU.

## V. Politische Einstellungen und Präferenzen der Bürger\*innen

Vor der Landtagswahl in Hessen war die Zufriedenheit der Bevölkerung in Hessen vergleichsweise groß. Bei einer Befragung im Juni 2022 gaben 62% der Befragten an, dass sie mit der derzeitigen Lebenssituation zufrieden seien; 19% bezeichneten sich als sehr zufrieden. Dabei zeigte sich auch, dass die Zufriedenheit bei Menschen mit einem geringen Haushaltseinkommen deutlich geringer ist (53% zufrieden bzw. sehr zufrieden) als bei jenen mit einem hohen Haushaltseinkommen (91%). Rund zwei Drittel (64%) der Befragten gaben 2022 an, sich für Politik zu interessieren bzw. sehr zu interessieren, wobei der Schwerpunkt des Interesses eindeutig auf der Bundespolitik lag (65%). Nur 9% der befragten Hess\*innen teilten demnach mit, sich für Landespolitik zu interessieren. Die parteipolitischen Präferenzen der Bürger\*innen in Hessen zeichnen sich im Laufe der zurückliegenden Legislaturperiode einerseits durch eine bemerkenswerte Stabilität, andererseits durch dynamische Veränderungen aus. Der Blick auf die Umfragewerte der beiden Koalitionsparteien zeigt eine Art Pendelbewegung: In der ersten Phase der zweiten Amtszeit von Schwarz-Grün verliert die CDU etwas an Zustimmung, während die Grünen zulegen. Im Februar 2020 gaben bei der Sonntagsfrage 26% der Befragten an, sie würden die CDU wählen; 25% die Grünen. Während der ersten

Corona-Welle änderte sich diesen Bild sehr, denn die CDU konnte in dieser Zeit markante Zuwächse verzeichnen. Der Pragmatismus und unaufgeregte Politikstil des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier wurde von den Bürger\*innen geschätzt. „Die Hessen können froh sein, dass sie in dieser Zeit von einem Ministerpräsidenten regiert werden, der nichts mehr werden, der sich nicht mehr profilieren will. Volker Bouffier (CDU) fiel nicht im Traum ein, in den seltsamen Wettbewerb anderer Länderchefs einzusteigen, wer in der Corona-Pandemie je nach den Wechsellagen der Statistik den härtesten Hund oder den coolsten Sunnyboy abgibt“. Davon profitierte die hessische CDU nachhaltig. Im Mai 2020 gaben 36% der Befragten in Hessen an, die CDU wählen zu wollen (Infratest dimap 2023d). Nach einer weiteren Phase der Annäherung der Umfragewerte im Jahr 2022 (CDU 27%, Grüne 22%) (Infratest dimap 2023d) setzte der schrittweise Aufstieg der Umfragewerte der CDU ein. Gleichzeitig verloren die Grünen an Zustimmung. Kurz vor der Landtagswahl 2023 vergrößerte sich der Abstand zwischen der CDU (31%) und den Grünen (17%) auf 14 %. Diesen Pendelbewegungen zum Trotz hatte die schwarz-grüne Koalition zu jedem Zeitpunkt der Legislaturperiode zusammen mehrheitsfähige Umfragewerte, die über dem Gesamtergebnis der Landtagswahl 2018 liegen. Dies wiederum spiegelt sich auch in den Zustimmungswerten für diese Koalition.

Die SPD lag in den Umfragen der vergangenen Legislaturperiode über weite Strecken hinter dem Wahlergebnis von 2018. Ein vorübergehender Zuwachs an Zustimmung bei den hessischen Wähler\*innen war in der Phase der Bundestagswahl 2021 und der Bildung der neuen Ampelregierung im Bund zu verzeichnen. Auch der Landesparteitag der hessischen SPD, an dem Mitte Juni 2023 Nancy Faeser (amtierende Bundesministerin des Innern und für Heimat) als Spitzenkandidatin offiziell nominiert wurde, führte zu keiner Trendwende. Letztlich lagen die Umfragewerte der SPD kurz vor der Landtagswahl 2023 4% unter dem Wahlergebnis von 2018. Zu diesem Zeitpunkt waren die Zustimmungswerte von den Grünen, der SPD und der AfD sehr nahe beieinander, sodass vor der Wahl unklar blieb, wer den zweiten Platz hinter der CDU würde einnehmen können.

Mit Blick auf die Bundespolitik lässt sich erstens festhalten, dass unter der Unbeliebtheit der Ampelkoalition insbesondere die SPD und die FDP leiden, die seit der Bundestagswahl 2021 deutlich an Rückhalt verloren haben. Die SPD fand im September 2023 bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl nur noch die Zustimmung von 16% der Befragten. Dieses Ergebnis liegt 9,7% unter jenem der Bundestagswahl 2021. Die FDP müsste demnach mit 5% gar um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen. Das ist ein Minus von 6,5%. Die Grünen hätten im September 2023 indes 13% der Wähler\*innen für sich gewinnen können. Dieses Ergebnis liegt tatsächlich nur geringfügig unter dem Wahlergebnis von 2021 (14,8%) (Infratest dimap 2023e). Das heißt, dass die Unzufriedenheit mit der Ampelregierung im Bund im Vorfeld der hessischen Landtagswahl wohl insbesondere für SPD und FDP eine Bürde war, aber weniger für die Grünen. Der gemessene Zustimmungswert von 17% für die Grünen lag insofern auch über den Wahlergebnissen, die die Grünen vor 2018 in Hessen erreicht hatten.

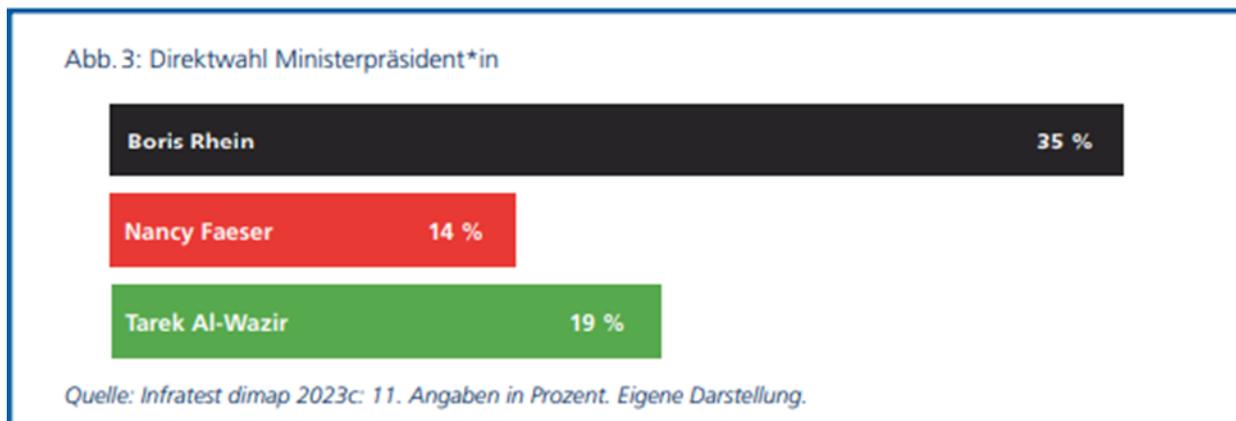
Die AfD, die 2013 in Hessen gegründet wurde und 2018 erstmals den Sprung in den hessischen Landtag schaffte, verlor in der ersten Phase nach der Wahl ebenfalls an Rückhalt. Anfang 2022 gaben nur 7% der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. In den Umfragen auf Bundesebene hingegen erlebte die AfD seit 2021 einen langsamen,

jedoch kontinuierlichen Aufstieg. Im zweiten Halbjahr 2023 erreicht die AfD in bundesweiten Umfragen erstmals Zustimmungswerte von über 20% (Infratest dimap 2023e).

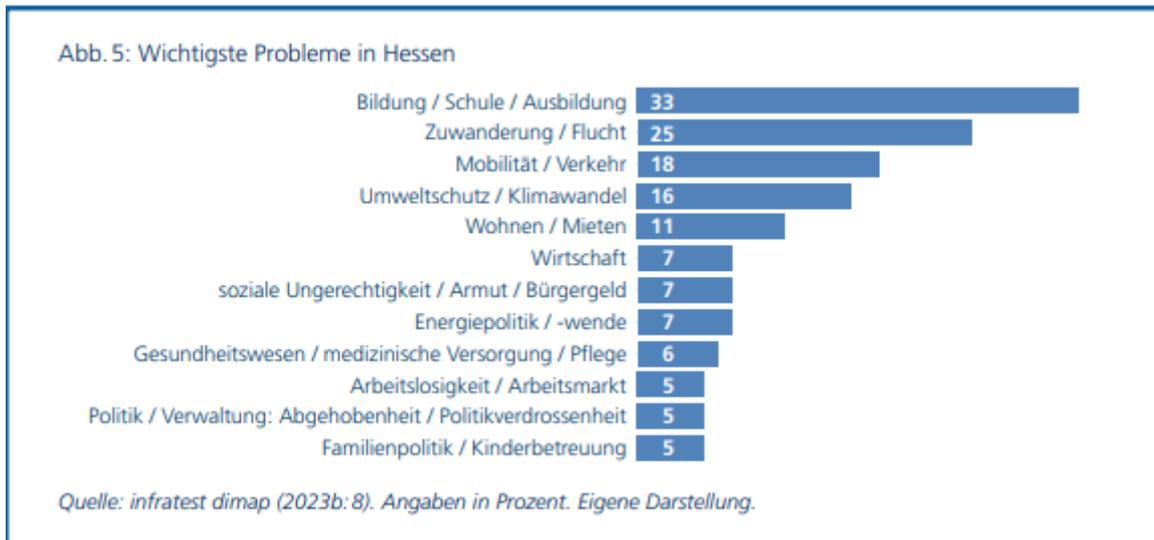
Die AfD in Hessen hat diesen Aufwärtstrend zwar miterlebt, jedoch nie vergleichbar hohe Werte erreicht. Im September 2023 beabsichtigten 17% der Hess\*innen, die AfD zu wählen.

Die Linke, die im hessischen Landtag seit 2008 vertreten war, verlor in den Umfragen seit 2022 an Zustimmung. Dies dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass die bekannteste linke Landespolitikerin Janine Wissler 2021 den Fraktionsvorsitz aufgab. Zugleich manifestierte sich die Krise der Linken im Bund auch in den hessischen Umfragen.

Analog zu den parteipolitischen Präferenzen der Bürger\*innen entwickelte sich die Wahrnehmung potenzieller künftiger Ministerpräsident\*innen. Bei der Frage, welche künftige Ministerpräsidentin oder welchen künftigen Ministerpräsidenten man direkt wählen würde, votierten im September 2023 35% der Befragten für Boris Rhein (CDU). Der grüne Kandidat Tarek Al-Wazir (19%) sowie die sozialdemokratische Kandidatin Nancy Faeser (14%) lagen mit weitem Abstand zurück. Die Beliebtheit des amtierenden Ministerpräsidenten wirkte dabei über die Parteigrenzen hinaus. Viele Wähler\*innen der FDP (64%) sowie der AfD (34%) geben in der Umfrage an, dass sie in einer fiktiven Wahl des Ministerpräsidenten ebenfalls für Boris Rhein stimmen würden (Infratest dimap 2023c: 11).



Die bereits erwähnte positive Grundstimmung spiegelte sich tendenziell auch in der Wahrnehmung der amtierenden schwarz-grünen Landesregierung wider. Die Zufriedenheitswerte waren insgesamt freilich nicht sehr hoch. Im März 2022 waren 59% der Befragten zufrieden, 5% sehr zufrieden (Infratest dimap 2022). In den Wochen vor der Wahl war diese Zufriedenheit auf 49% bzw. 48% abgesunken (Infratest dimap 2023b:1; 2023c:9). Dabei war die Zufriedenheit bei Parteianhänger\*innen von CDU und Grünen besonders ausgeprägt, während insbesondere die Anhänger\*innen der AfD weniger bzw. gar nicht zufrieden waren (85%) (Infratest dimap 2023b:1; 2023c:8).

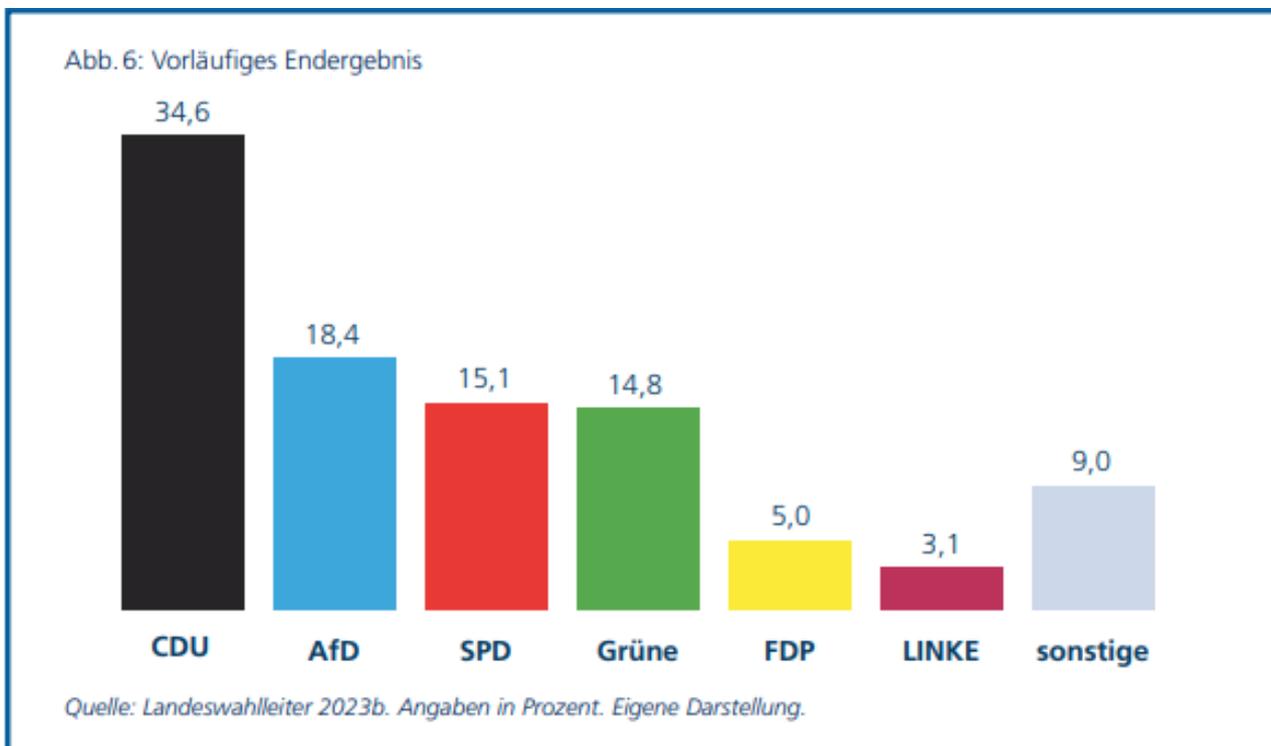


Als wichtigste thematische Herausforderung für die künftige Landesregierung identifizieren die hessischen Bürger\*innen das Thema Bildung, Schule und Ausbildung. Bereits die Studie von Döbele/Zerweck (2022:20) zeigte, dass die Bürger\*innen insbesondere den Mangel von Fachkräften in Kitas und Schulen beklagten (83%). Außerdem waren 75% der Befragten der Meinung, dass die Schüler\*innen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden sollten, um die Chancengleichheit aller Kinder zu fördern. Diese Problemwahrnehmung folgt einerseits der Logik bestehender Kompetenzen der Landespolitik im föderalen System, andererseits jener der Problemlagen, die sich an hessischen Schulen und Universitäten insbesondere in Zeiten der Pandemie manifestierte. Als zweite wichtige Herausforderung nannte ein Viertel der Befragten das Thema Zuwanderung/Flucht. Diese Problemwahrnehmung ist sicherlich an die steigenden Zahlen der Schutzsuchenden, die auch in Hessen ankamen, gekoppelt. Die hessenschau berichtet Ende September 2023, dass zu Jahresbeginn etwa 300 Geflüchtete pro Woche nach Hessen kamen – zuletzt war diese Zahl auf 300 pro Tag angestiegen (hessenschau 2023a). Für die Ausgangssituation im Vorfeld der Landtagswahl ist also wichtig, dass die CDU ihren Vorsprung auf alle konkurrierenden Parteien ausbauen konnte. Dies gilt auch für ihren Spitzenkandidaten Boris Rhein, der die grüne und sozialdemokratische Konkurrenz abhängte. Die Unbeliebtheit der Ampelkoalition belastete insbesondere die SPD und die FDP, weniger indes die Grünen. Die schwarz-grüne Koalition erfreute sich in der gesamten Legislaturperiode stabiler Zustimmungswerte und war bei den Hess\*innen auch vor der Wahl die präferierte Option. Um Platz 2 hinter der CDU war ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Grünen, der SPD und der AfD zu erwarten. Offen war indes, ob die FDP den Sprung in den Landtag schaffen würde. Dass Die Linke dem neuen Landtag nicht mehr angehören würde, war zu erwarten. Die Themen Bildung Schule/Ausbildung, Zuwanderung/Flucht sowie Mobilität/Verkehr wurden von den Bürger\*innen als dringendste Probleme der hessischen Landespolitik wahrgenommen.

In der Schlussphase des hessischen Wahlkampfes hat sich auf Ebene der politischen Inhalte/Themen erstens die starke Präsenz der Bundespolitik manifestiert. Sie wurde keineswegs nur von der sozialdemokratischen Spitzenkandidatin, die zugleich das Amt der Bundesministerin des Innern und für Heimat inne hat, in den Wahlkampf getragen. Vielmehr haben auch die anderen Parteien Bezug zu politischen Entscheidungen und Themen genommen, die definitiv nicht in den Kompetenzbereich der Landespolitik fallen bzw. auf die die hessische Landespolitik bestenfalls indirekt Einfluss nehmen kann.

Zweitens haben sich die konkurrierenden Parteien der bürgerlichen Mitte auf den Kulturkampf der AfD eingelassen. Dies zeigte sich insbesondere in der Härte und Sprache, mit der über die Zuwanderung und das Asylrecht diskutiert wurde. Es wurden Frames (Rahmen) genutzt, die die Perzeption (sinnliche Wahrnehmung) der Zuwanderungspolitik als Krise verstärken und so den Erfolg der AfD weiter begünstigen. Drittens sind in den Debatten zu diesem zentralen Politikfeld die Positionen so ähnlich, dass es selbst für aufmerksame Beobachter\*innen schwer ist, die existierenden feinen Nuancen noch zu erkennen. Diese diskursive Verwischung der Parteigrenzen manifestiert sich in dieser Qualität freilich nicht in den von den Parteien beschlossenen Parteiprogrammen. Vielmehr haben sich die Spitzenkandidat\*innen in den Debatten zuweilen spontan, eigenmächtig und/oder (un)bewusst von den beschlossenen Programmen ihrer eigenen Parteien gelöst. Die Transformation der inhaltlichen Positionen der Wahlprogramme in andere Formate – seien es Wahlprüfsteine oder TV-Debatten – gehen durchaus mit markanten inhaltlichen Verschiebungen einher. Die Frage, ob es sich hierbei um strategische Anpassungen handelt oder politische Akteur\*innen die Wahlprogramme ihrer eigenen Partei für wenig verbindlich halten, bedarf einer tiefergehenden Analyse. Dies gilt auch für die Frage, welche Effekte diese Verschiebungen auf das Wahlergebnis schließlich hatten. Fest steht jedenfalls, dass die programmatischen Signale, die bei den Wähler\*innen ankamen, im hessischen Wahlkampf zuweilen inhaltlich nicht konsistent waren.

## VI. Wahlergebnisse

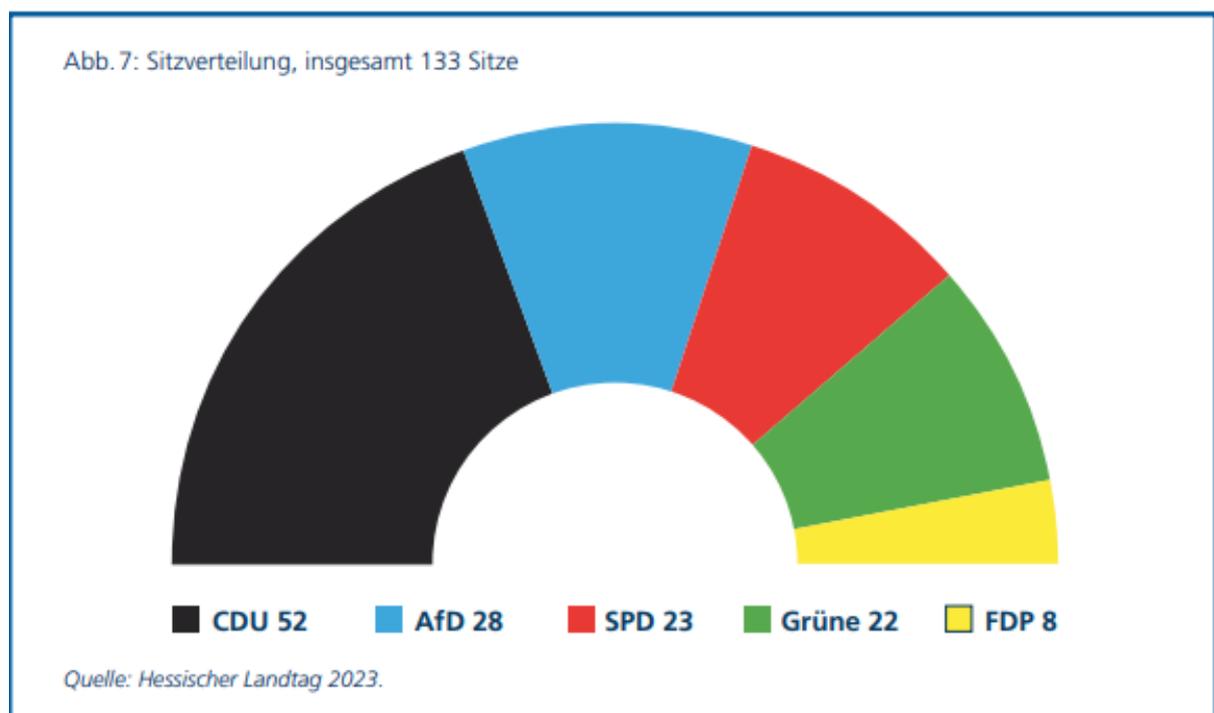


Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2023 lag bei 66%. 36,6% der Wähler\*innen gaben ihre Stimme per Briefwahl ab. Damit ist der Anteil der Briefwähler\*innen im Vergleich zur Landtagswahl 2018 um rund 12% gestiegen. Bei

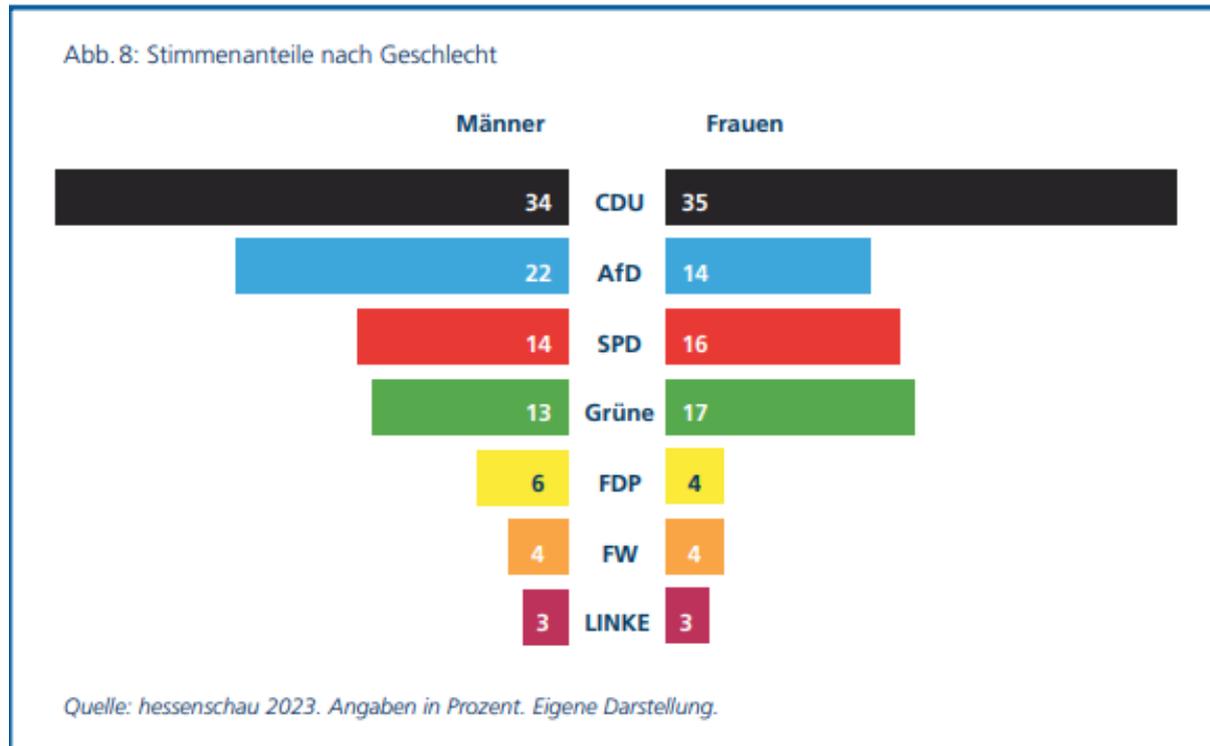
den Erststimmen in den Wahlkreisen konnte die CDU flächendeckende Erfolge erzielen – selbst in den einstigen Hochburgen der Sozialdemokratie in Nordhessen. In drei Wahlkreisen – Kassel-Stadt I, Frankfurt am Main V sowie Darmstadt-Stadt I – gewannen die grünen Kandidat\*innen am meisten Stimmen. In den 52 anderen Wahlkreisen reüssierten die Kandidat\*innen der CDU. Insgesamt wurden 16 Wahlkreise von Kandidatinnen gewonnen, davon gehören zwei den Grünen, 14 der CDU an.

Auch bei den Zweitstimmen manifestierte sich ein deutlicher Vorsprung der CDU. Sie gewann 35,5% der Stimmen. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl ist dies ein Zuwachs von 7,6%. Die größten Zugewinne konnte die CDU in Wartenberg, Lautertal (Vogelsberg) sowie Schwalmatal verzeichnen. In ihren Hochburgen in Osthessen erzielte die CDU zuweilen Wahlergebnisse von über 50%. Die SPD gewann 18,3% der Landesstimmen. Ihre besten Wahlergebnisse erzielte sie weiterhin in Nordhessen, im Wesertal mit 30,7%. Insgesamt jedoch verlor die SPD in allen Wahlkreisen (4,7%); zuweilen sogar mehr als 14% der Stimmen (Cornberg und Baunatal jeweils –14,2%). Dies gilt analog auch für die Grünen (–5%), die nur noch 14,2% der Landesstimmen gewannen. Sie mussten sogar in ihrer Hochburg Marburg leichte Stimmenverluste hinnehmen (–0,8%). Einen markanten Stimmenzuwachs verzeichnete hingegen die AfD (5,3%). Sie konnte 17,5% der Landesstimmen für sich gewinnen. In einigen Wahlkreisen waren die Stimmenzuwächse zweistellig, wie etwa in Merenberg, Eschenburg und Allendorf (Eder). Das landesweit beste Wahlergebnis der AfD wurde im osthessischen Wahlkreis Sinnatal (32,7%) registriert.

Dem hessischen Landtag gehören nun 133 Abgeordneten an. Der Grund, warum die gesetzliche Größe von 110 Mandaten erneut überschritten wird, sind die Überhangmandate der CDU (9) sowie 14 Ausgleichsmandate für andere Parteien (5 für die AfD, 4 für die SPD, 3 für die Grünen sowie 2 für die FDP). Der Frauenanteil ist in den Landtagsfraktionen sehr unterschiedlich: Bei den Grünen (50%) und der SPD (52%) sind (mehr als) die Hälfte der Abgeordneten Frauen.



Die Wahltagsbefragung von Infratest dimap zeigt erste interessante Ergebnisse in Bezug auf das Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter. Abb.8 visualisiert die Stimmanteile nach Geschlecht für die konkurrierenden Parteien. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Frauen, die sich für die Grünen oder die SPD entscheiden, höher ist als jener der Männer. Bei der CDU sind die Anteile von Männern und Frauen ausgeglichen. Bei der FDP, insbesondere jedoch bei der AfD, ist der Anteil der Wähler deutlich größer.

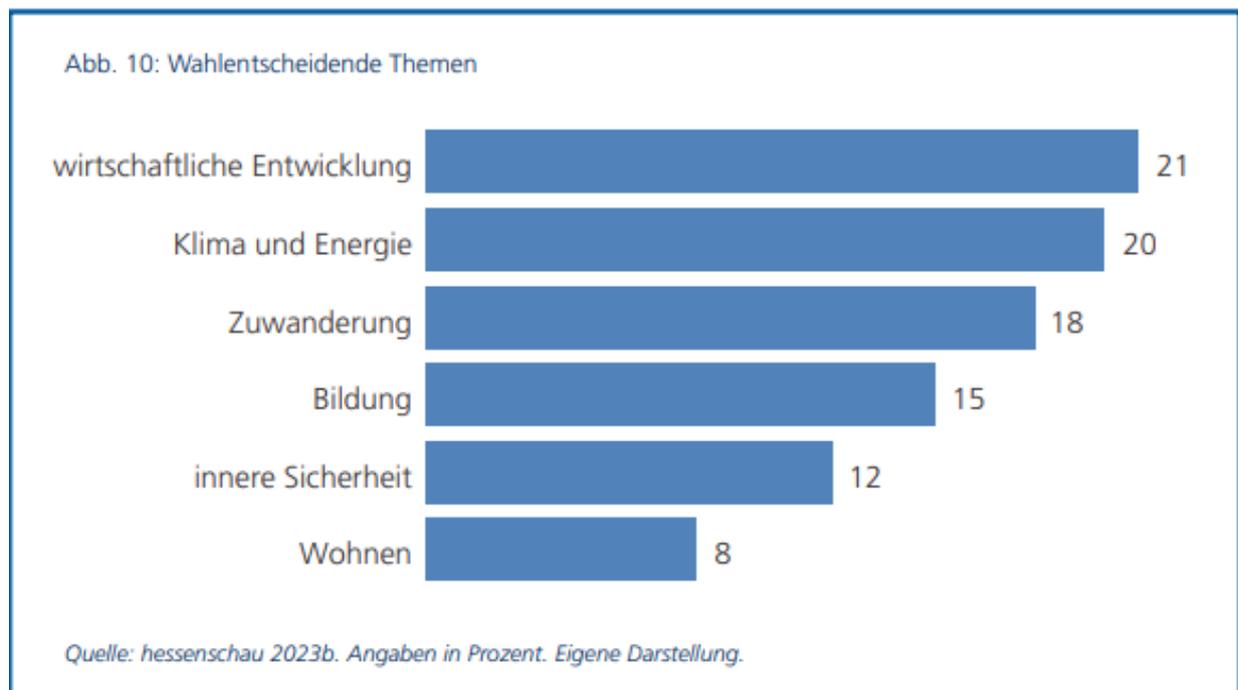


In der Gruppe der jüngsten Wähler\*innen ist der Anteil derer, die sich für die CDU entscheiden, im Vergleich zu den anderen Parteien am größten. Die Union ist auch jene Partei, die in Hessen die mitgliederstärkste Jugendorganisation hat. 12 Dennoch ist der Stimmenanteil deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt. Auch die SPD findet bei dieser Alterskohorte weniger Rückhalt. Deutlich mehr Stimmen erzielen indes die FDP und die Freien Wähler. Der Stimmenanteil für die Grünen liegt bei 15% und entspricht damit dem Landesdurchschnitt. Im Vergleich zur Landtagswahl von 2018 haben die Grünen freilich stark an Rückhalt verloren. Damals wählten 26% der 18- bis 24-Jährigen die Grünen. Die AfD gewinnt am meisten Zweitstimmen (24%) bei den 35- bis 44-Jährigen. Die CDU hingegen punktet vor allem bei älteren Wähler\*innen. Ihr Zweitstimmenanteil bei den Wähler\*innen, die 70 Jahre alt und älter sind, liegt bei 48%. Auch die SPD gewinnt in dieser Alterskohorte 22% der Stimmen für sich.

Interessant sind darüber hinaus die Analyseergebnisse der vorläufigen Wähler\*innenwanderung. 13 Aus dem Lager der Nichtwähler\*innen konnten die CDU 81.000 Stimmen und die AfD 76.000 Stimmen gewinnen. 32.000 Neuwähler\*innen gaben ihre Stimme der CDU, 23.000 den Grünen sowie 22.000 der SPD. Der Erfolg der CDU bei der hessischen Landtagswahl ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass es ihr gelang, viele ehemalige Wähler\*innen der SPD (87.000), der Grünen (72.000) sowie der FDP (65.000) zu überzeugen. Vergleichsweise niedrig ist indes die Zahl

der Wähler\*innen, die von der AfD zur CDU wanderten. Der AfD ihrerseits ist es gelungen, 40.000 Stimmen von der CDU abzuziehen. Viele Stimmen von der SPD (32.000) sowie von der FDP (28.000) gingen 2023 ebenfalls zur AfD. Die SPD konnte 66.000 Stimmen von den Grünen abwerben. Gleichzeitig gingen 13.000 Stimmen der SPD von 2018 nun an die FDP.

In Bezug auf die politische Agenda gibt es ein weiteres interessantes Ergebnis der Befragung am Wahltag: Auf die Frage nach den wahlentscheidenden Themen gaben 21% der befragten Wähler\*innen an, dass für sie die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend war. Dabei geht es wohl in erster Linie um das Problem der Inflation und der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Themen Klima und Energie sowie Zuwanderung wurden von 20% bzw. 18% der Befragten genannt. Die thematische Schwerpunktsetzung am Wahltag unterscheidet sich also merklich von der Wahrnehmung der Bürger\*innen vor der Wahl. Die Umfragedaten zeigen darüber hinaus, dass 93% der AfD-Wähler\*innen, 91% der FDP-Wähler\*innen sowie 90% der CDU-Wähler\*innen der Meinung sind, dass es eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik braucht, damit weniger Menschen zu uns kommen. Auch 56 % der SPDWähler\*innen und 47% der Wähler\*innen der Grünen teilen diese Einschätzung.



In Bezug auf die Wahlergebnisse der hessischen Landtagswahl 2023 lassen sich also folgende vorläufige Schlussfolgerungen ziehen:

- Die CDU hat ihren Vorsprung auf die anderen Parteien weiter ausbauen können. Das Pendel in der Gunst der Wähler\*innen hat diesmal zugunsten der CDU und zulasten der Grünen ausgeschlagen. Die CDU hat die Wahl eindeutig für sich entscheiden können, insbesondere bei den Erststimmen. Ihr ist es erfolgreich gelungen, ehemalige Wähler\*innen der SPD, der Grünen und FDP für sich einzunehmen. Diesem Erfolg zum Trotz können die Christdemokraten nicht an die Erfolge früherer Wahlen anknüpfen.

- Die Grünen haben zwar ihr zweitbestes Ergebnis bei hessischen Landtagswahlen erzielt. Mit Blick auf die vorübergehend deutlich höheren Umfragewerte, ist das vorliegende Ergebnis indes für viele Anhänger\*innen der Grünen dennoch enttäuschend.
- Die Verluste der SPD sind markant. Für die hessische Sozialdemokratie ist dies das schlechteste Ergebnis, das sie je bei einer Landtagswahl verzeichnete. Dabei gingen eben auch viele Stimmen in den einstigen Hochburgen der SPD in Nordhessen verloren.
- Die AfD konnte bei der hessischen Landtagswahl den sich abzeichnenden kontinuierlichen Aufstieg fortsetzen und lag letztlich mit ihrem Ergebnis über den Umfragewerten. Es ist dies außerdem das beste Wahlergebnis, das die AfD je in einem westdeutschen Bundesland erzielte. Zu diesem Ergebnis dürften unter anderem der thematische Shift im Wahlkampf – weg von der Bildungspolitik hin zu den Themen Inflation und Migration – wesentlich beigetragen haben, der es der AfD ermöglichte, ihre politische Agenda in den Vordergrund zu rücken. Die Bildungspolitik spielte im Wahlkampf eine nachgeordnete Rolle. Stattdessen wurde insbesondere über Zuwanderungspolitik und die Folgen der Inflation diskutiert.

Letztlich waren es denn auch diese Themen, die für die Bürger\*innen wahlentscheidend waren. Die CDU, die Grünen und die SPD haben sich auf den Kulturkampf der AfD eingelassen. Insbesondere die Grünen und die SPD sind in Debatten über Zuwanderungspolitik zuweilen von ihren parteipolitischen Linien abgerückt. Dies dürfte letztlich die CDU und insbesondere die AfD diskursiv weiter gestärkt haben. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen greifen Erklärungen, die den Erfolg der AfD einseitig mit der Unbeliebtheit der Ampelregierung im Bund begründen, zu kurz. Zumal der Erfolg einer rechtspopulistischen Partei kein singuläres Phänomen darstellt. Vielmehr erzielen vergleichbare Parteien – mit denen die AfD teils ja auch vernetzt ist – in vielen europäischen Ländern ebensolche Wahlerfolge. Weiterer Untersuchungen bedarf es auch, um das Wahlverhalten jüngerer Wähler\*innen zu erklären. Die Tatsache, dass so viele Wähler\*innen – mitunter 18% der Erstwähler\*innen – ihre Stimme der AfD geben, kann nicht mit Politikverdrossenheit und Protest erklärt werden. Die Daten von Infratest dimap zeigen, dass 51% der AfD-Wähler\*innen das Thema Zuwanderung als wahlentscheidend bezeichneten. 18% nannten die wirtschaftliche Entwicklung. Antipluralistische und antimigrantische Einstellungen manifestieren sich unabhängig von aktuellen Regierungskrisen im Bund. Personen, die solche Einstellungen vertreten, finden in der AfD ein für sie passendes Angebot, das es in dieser Form in Deutschland lange nicht gab. Im Ergebnis ist im hessischen Landtag ein markanter Rechtsruck zu verzeichnen, der dadurch verstärkt wird, dass Die Linke dem neugewählten Parlament nicht mehr angehört. Die Tatsache, dass es links der weit in die bürgerliche Mitte gerückten SPD keine Konkurrenz mehr gibt, wird die Dynamik des Parteienwettbewerbs künftig nachhaltig verändern.

Mit diesen Veränderungen der politischen Landschaft rückt die Geschlechterfrage erneut in den Fokus. Markante Stimmzuwächse haben zwei Parteien zu verzeichnen, die nun in ihren Fraktionen im Landtag mit einem niedrigen Frauenanteil vertreten sind. Dies ist insofern nicht überraschend, als es sich hierbei auch um Parteien handelt, die bei ihren Mitgliedern einen vergleichsweise niedrigen Frauenanteil aufweisen: Bei der hessischen CDU sind ca. 30 % der Mitglieder Frauen, bei der AfD ca. 20%. Die CDU hatte für die Wahl auf ihrer Liste mehr Kandidatinnen aufgestellt, als letztlich anteilig gewählt wurden. In den Wahlkreisen wurden deutlich mehr CDU-Männer als -Frauen gewählt. Bei der AfD ist es außerdem so, dass der Anteil der Männer, die diese Partei wählen, deutlich höher ist als jener der Frauen.

Rund die Hälfte der Hess\*innen (51%) haben die Landtagswahl als gute Gelegenheit gedeutet, der Bundesregierung einen Denkmittel zu verpassen. Die Bundespolitik hat also die hessische Landtagswahl in mehrfacher Hinsicht überformt – über die Doppelfunktion der SPD-Spitzenkandidatin Faeser, die Präsenz anderer Bundespolitiker\*innen, die bundespolitische Agenda, den Vertrauensverlust der Ampelregierung sowie die sogenannte Denkmittelwahl. Der Anteil der Briefwähler\*innen ist bei dieser Landtagswahl ungewöhnlich hoch gewesen. Den Parteien gelingt es in den etablierten Wahlkampfmoden (noch) nicht, auf diese spezielle Herausforderung strategisch zu reagieren. Viele Wähler\*innen haben bereits vor der heißen Wahlkampfphase ihre Wahlentscheidung bereits getroffen und die Briefwahlunterlagen abgeschickt.

## **VII. Herausforderungen für den hessischen Parteienwettbewerb**

Vor dem Hintergrund der Debatten im hessischen Wahlkampf und der über die Stimmangaben artikulierten Präferenzen für eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik besteht eine erste Herausforderung für die CDU und ihren künftigen Koalitionspartner darin, eine landespolitische Agenda für die kommende Regierungsperiode (neu) zu formulieren. Denn die direkten landespolitischen Gestaltungsspielräume in der Migrationspolitik sind gering. Sie beschränken sich im Wesentlichen auf bildungspolitische Maßnahmen, die Unterbringung von Geflüchteten und die damit verbundene (finanzielle) Kooperation mit den Kommunen sowie die Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht, die das Land zu verantworten hat. Für andere Fragen, die debattiert wurden, ist hingegen der Bund zuständig und die hessische Regierung kann allenfalls über den Bundesrat politische Entscheidungen mitgestalten. Auch wenn die Zuwanderungsfrage und Asylpolitik die Debatten in der letzten Phase des Wahlkampfes maßgeblich dominiert haben, so besteht jetzt die Herausforderung darin, im Kontext der Sondierungen und Koalitionsverhandlungen zu einer genuin(natürlich) landespolitischen Agenda zurückzufinden. Dabei wird es mitunter um Bildungspolitik, Mobilität, Wohnen und medizinische Versorgung gehen.

Die Erfahrungen im hessischen Wahlkampf haben gezeigt, dass es kein progressives Narrativ gibt, das den von Zukunftsängsten, Ressentiments und letztlich auch Hass getriebenen Tendenzen entgegengehalten werden kann. Es fehlt an Ideen und konkreten Bildern, wie die Gesellschaft nach der sozial-ökologischen Transformation aussehen könnte. Dieser Mangel ist keineswegs nur im hessischen Wahlkampf zu beobachten. Vielmehr ist er Ausdruck der gegenwärtigen Krise progressiver Politik, in

den USA ebenso wie in Europa. Weil dieses progressive Narrativ (Erzählung oder Darstellung, die benutzt wird, um eine Gesellschaft oder historische Periode zu erklären oder zu rechtfertigen) fehlt, erscheinen Sehnsüchte, alles so zu belassen, wie es gerade ist bzw. in der vermeintlich guten alten Zeit war, umso vielversprechender und die Konstruktion von Feindbildern erlebt eine (neue) Konjunktur. Die insbesondere von der SPD und den Grünen genutzten Begriffe der Transformation und (Zeiten-) Wende verstärken diese Ängste vor der Ungewissheit zusätzlich. Denn viele Bürger\*innen deuten Begriffe wie Veränderung, Transformation oder Wende als Synonyme für (drohende) Verschlechterungen. Die Entstehung eines progressiven Narrativs bedarf grundlegender politischer Debatten, die über das Klein-Klein konkreter Gesetzesvorhaben und koalitionsärer Kompromisse hinausgehen. Voraussetzung hierfür sind sowohl eine stärkere zivilgesellschaftliche Verankerung der Parteien als auch eine offenerere und wertschätzendere Gesprächskultur in den Parteien selbst. Parteiinterne Querelen, Flügelkämpfe, Proporzlösungen zur Konfliktbewältigung und die Politik der (digitalen) Hinterzimmer sowie sterile Rituale stehen dieser Offenheit für kreative Denkprozesse entgegen. Sie laden außerdem Wähler\*innen kaum zur Identifikation ein. Ein neues Narrativ kann nur wachsen, wenn es dafür eine entsprechende Offenheit, (Kommunikations-) Bereitschaft und auch Geduld gibt.

Das Ergebnis der hessischen Landtagswahl sowie die aktuellen Umfragewerte haben die Notwendigkeit für einen grundlegenden Strategiewechsel im Umgang mit radikal konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen mit aller Deutlichkeit ins Bewusstsein gerückt. Wunschvorstellungen, dass Wähler\*innen zeitnah aufwachen und selbst merken, dass sie mit ihrer Stimmabgabe ihre eigenen Interessen konterkariert haben, werden sich schnell zerschlagen. Ebenso die Annahme, man könnte mit Konzessionen in der Migrationspolitik Radikalkonservativen, Rechtspopulist\*innen oder Rechtsextremen den Wind aus den Segeln nehmen. Die Entwicklungen nach der hessischen Landtagswahl lassen erwarten, dass die AfD ihre politischen Spielräume im Parlament ausreizen wird. Dies gilt auch für die außerparlamentarische Opposition, die etwa das Instrument der Volksbegehren nutzt, um den Kulturkampf gegen eine inklusive und diverse Gesellschaft weiter zu forcieren. Mit Blick auf wissenschaftliche Studien zum Kampf gegen antidemokratische Akteur\*innen und die Erfahrungen in anderen (europäischen) Ländern wird freilich klar, dass es **nur eine erfolgversprechende Strategie gibt – die hold-Strategie. Die idealtypische hold-Strategie beinhaltet, dass eine progressive Partei auf ihren historischen und ideologischen Werten beharrt.** Den Wettstreit mit der rechten Konkurrenz versucht sie mit politischen Argumenten zu gewinnen, indem sie ihre programmatischen Positionen verstärkt und diese Positionen gegenüber ihrer Kernwähler\_innenschaft noch pointierter vermittelt. Dabei geht es im Prozess der Besinnung auf die eigenen Werte erstens darum, auf deren Überzeugungskraft (selbst) zu vertrauen, und zweitens darauf zu bauen, Einfluss auf die Präferenzen der Wähler\*innen haben zu wollen und können. Dies schließt das bewusste Eintreten für Toleranz gegenüber Migration und Multikulturalität im Zeitalter medial angefachter Ängste über Terrorismus, Kriminalität und den Missbrauch wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Diese Politik des Beharrens markiert klare demokratische Grenzen, die gegenwärtig durch eine falsch verstandene Offenheit gefährdet sind.